



KOMMENTAR

Von Peter Scherz,  
Arbeiterkammer-  
rat des GLB

## Kein Interesse für Politik

Ob es um Finanzspekulationen, persönliche Bereicherung oder Bankenskandale (Bawag, Hypo Alpe Adria...) geht – immer wieder haben namhafte Politiker und Parteien ihre Hände im Spiel. Diese Entwicklungen geben ein Gefühl der Ohnmacht. Politikverdrossenheit macht sich breit. „Die Politiker sind doch alle gleich“, hört man oft.

Doch die Politik bestimmt die gesellschaftlichen Spielregeln. Und niemand kann sagen, er interessiert sich nicht für sein Leben. Man muss sich mit Politik auseinandersetzen, gerade damit die Politiker nicht nur ihre eigenen Interessen verfolgen.

Doch worauf soll man schauen? Gerade aktuell ist der BZÖ-FPÖ-Wiedervereinigungsklamauk, der uns von den eigentlichen politischen Entwicklungen ablenken soll. Ob BZÖ und FPÖ wieder zusammengehen, ist völlig egal. Das Hypo-Finanzdebakel und seine Folgen muss der kleine Steuerzahler berappen, ob er nun will oder nicht. Umso mehr sind politische Mandatäre gefragt, die nicht als Finanzspekulanten auf Kosten der Allgemeinheit in die eigene Tasche wirtschaften.

Die KPÖ in der Steiermark zeigt vor, dass es anders geht: Wir haben uns nicht an Aktienfonds beteiligt, sondern einen Sozialfond eingerichtet, der ausschließlich für diejenigen da ist, die aufgrund falscher Politik soziale Probleme haben.

Vielleicht sind doch nicht alle Politiker gleich? Urteilen Sie selbst, liebe Leserinnen und Leser! *Ihr Peter Scherz*



## HUMMELKASERNE Wohnungen wichtiger als Gewinne!

Trotz Unterschriften zahlreicher Grazerinnen und Grazer: Bund will leistbare Gemeindewohnungen zur Zeit nicht ermöglichen.

In Graz eine leistbare Wohnung zu finden, ist nicht einfach. Wohnungsstadträtin Elke Kahr (KPÖ) weiß aus Erfahrung: *„Immer mehr Menschen können sich die hohen Mieten auf dem privaten Wohnungssektor nicht mehr leisten.“* 5.200 Unterschriften Daher bemüht sich die KPÖ seit Jahren darum, dass die Stadt Graz das Areal der vom Bundesheer aufgelassenen Hummelkaserne erwerben und für die Bevölkerung nutzbar

machen soll. Einen entsprechenden Beschluss im Gemeinderat gab es bereits 2006. Darüber hinaus unterstützten über 5.200 Grazerinnen und Grazer mit ihrer Unterschrift die Forderung der KPÖ nach Gemeindewohnungen auf Kasernengrund.

### Nutzen für alle

Im Sommer 2009 meldete die Stadt Graz offiziell bei der bundesheereigenen Immobiliengesellschaft SIVBEG das öffentliche Interesse am Areal der Hummelkaserne an. Doch die Generalprokuratur des Finanzministeriums sprach noch im Herbst des Vorjahres in einem Brief der Stadt Graz das öffentliche Interesse an der

Hummelkaserne ab.

Stadtrat Rüscher gab auf Anfrage von Gemeinderätin Gerti Schloffer bekannt, dass die Generalprokuratur ihr Nein mit „sachlich und fachlich falschen Aussagen“ begründet hat. Die Gemeinde braucht für die Landesförderung von Sozialwohnungen nämlich eigene Grundstücke.

Mit Briefen an Finanzminister Pröll und Staatssekretär Lopatka will die Stadt nun eine Meinungsänderung des Bundes erreichen. Elke Kahr: „Sozialer Wohnbau ist wichtiger als Gewinnstreben.“ Die durch den Kommod-Haus-Abbruch bekannt gewordene Immobilienfirma WEGRAZ interessiert sich nämlich für das Areal der Grazer Hummelkaserne.